

die Angelegenheiten der **neuen Länder und struktur-schwacher Regionen im Westen** speziell behandelt werden. Genauso wichtig ist es, wenn die kommunalen Spitzenverbände künftig frühzeitiger an der Gesetzgebung beteiligt werden, um Gesetze transparenter, bürgernäher und unbürokratischer zu gestalten, und wenn die **Energiepreise** endlich dem Monopoldiktat der Stromkonzerne entrissen und sozial gestaltet werden.

Das würde auch der **wirtschaftlichen Entwicklung** nutzen. Mit dem Wahlerfolg der Linken herrscht der **neoliberale Zeitgeist nicht mehr unumschränkt**. Immer mehr Menschen wird bewusst, dass Sozialabbau, Lohnverzicht, Steuergeschenke für Reiche und Konzerne, nur die Gewinne von Großbanken und -unternehmen angekurbelt, aber nichts an der Arbeitslosigkeit geändert haben. Im Gegenteil: Sie ist weiter angewachsen. DIE LINKE. fordert deshalb, den Heuschrecken das Handwerk zu legen und **Hedgafonds nicht mehr zuzulassen** sowie die Ministererlaubnis für zumeist Arbeitsplätze kostende Großfusionen abzuschaffen. Ein **Zukunftsinvestitionsprogramm »Innovation und Jugend«** von jährlich 12 Milliarden Euro soll konjunkturelle Impulse geben. DIE LINKE. hat es Union und SPD auch nicht durchgehen lassen, dass sie die **Steuerbefreiung für Abfindungen** gestrichen haben und in einem Antrag die Erhaltung dieses wichtigen Elements der sozialen Absicherung verlangt. Ebenso wird im Interesse der **Geschlechtergerechtigkeit** gefordert, das Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen.

Die Lehrstellensituation hat sich weiter verschlechtert. Der Ausbildungspakt ist gescheitert. Deshalb setzt sich DIE LINKE. in einer ihrer ersten parlamentarischen Initiativen für die Einführung einer **gesetzlichen Umlagefinanzierung in der beruflichen Ausbildung** ein, damit die Wirtschaft endlich in Verantwortung genommen werden kann. Gegen die geplante Kleinstaaterei in der Bildung setzt die Fraktion einen kooperativen Föderalismus, um das **Grundrecht auf Bildung** und gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Zugleich soll

die Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungssystems werden und ein offener und **sozial gerechter Zugang zu den Hochschulen** garantiert sein.

In der Außenpolitik hält DIE LINKE. konsequent den Kurs in Richtung **zivile Konfliktlösungen** und **Beendigung von Auslandseinsätzen** der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina und Afghanistan. Auf Initiative der Linken hat sich der Bundestag mit dem US-Gefangenenlager in **Guantanamo** beschäftigt und die USA aufgefordert, es zu schließen. In Anträgen wurde der **Abzug der Atomwaffen** aus Deutschland, die Aufhebung von Dauergenehmigungen für Militärflüge thematisiert und die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine **Verhandlungslösung** im Konflikt um das iranische Atom-Programm zu engagieren.

DIE LINKE. hat in ihrem ersten halben Jahr im Bundestag vieles in Bewegung gebracht. Innerhalb und außerhalb des Bundestages setzt sie konsequent den **Wählerauftrag** um – eine neue soziale Idee zu entwickeln und damit den neoliberalen Mainstream der anderen Parteien herauszufordern. Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Friedensbewegung, Verbände und Initiativen finden in der Fraktion eine **verlässliche Partnerin**, wenn es darum geht, Sozialabbau zu verhindern, Privatisierungen des öffentlichen Eigentums zu stoppen und eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik einzuleiten. Insofern sind die vorstehenden Ergebnisse der Fraktionsarbeit ein Ausschnitt und eine Momentaufnahme.

Denn eines ist gewiss: **DIE LINKE. bleibt dran.**

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22771248, Fax: 030/227 76248  
www.linksfraktion.de  
V.i.S.d.P. Hendrik Thalheim



Wir kämpfen  
für eine  
neue soziale Idee





Bei der Bundestagswahl haben über **vier Millionen Wählerinnen und Wähler** ihre Stimmen der Linken gegeben und damit die Hoffnung verbunden, dass im 16. Deutschen Bundestag endlich wieder soziale und solidarische Alternativen im Parlament hörbar werden. Seither kämpfen die 53 Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und auf der Straße gemeinsam mit den außerparlamentarischen Bewegungen für einen **Politikwechsel** hin zu sozialer Gerechtigkeit, mehr demokratischer Teilhabe, friedlichen Konfliktlösungen und ökologischer Nachhaltigkeit.

In der Linksfraktion haben sich Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG sowie parteilose Frauen und Männer zusammengefunden. Diese neue Linke hat schon am Beginn ihres Weges die politische Landschaft in Deutschland kräftig durcheinander gewirbelt. Die **soziale Frage** ist durch den Erfolg der Linken wieder ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte gerückt. Der Wahlerfolg hat die Republik verändert.

Das hat sich von Anfang an auch im 16. Deutschen Bundestag gezeigt. DIE LINKE. lässt **Auslandseinsätze der Bundeswehr** dort nicht einfach wie die anderen Fraktionen passieren, sondern stellt sich ihnen im und vor dem Bundestag entgegen. Sie bringt nicht nur den **verdi-Streik** gegen unbezahlte Mehrarbeit in eine Aktuelle Stunde des Plenums, sondern demonstriert dort auch sichtbar ihre Unterstützung für die Streikenden. DIE LINKE. entwickelt Strategien zur **Überwindung von Hartz IV** und weitere Alternativen zur Sozial-

abbaupolitik, die sie in der bisher größten Anhörung im Reichstag mit Hunderten Betroffenen berät. Das ist gelebte Demokratie.

Dazu gehört auch die enge Verbindung von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten. Die Abgeordneten waren bei den **Demonstrationen gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie** dabei und haben die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, diese Wild-West-Liberalisierung des europäischen Dienstleistungsmarktes abzulehnen. **Oskar Lafontaine** und **Gregor Gysi**, die beiden Vorsitzenden der Fraktion, haben wie weitere Mitglieder der Linksfraktion auf Streikundgebungen gesprochen und Beschäftigte etwa der AEG in Nürnberg, der Telekom in Ingolstadt und von CNH in Berlin bei der Verteidigung ihrer **Arbeitsplätze** unterstützt. Im Bundestag hat die Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, damit der so genannte **Streikparagraph** wieder so verändert wird, wie er bis 1986 galt: Danach bekämen Beschäftigte in Betrieben, die indirekt von streikbedingten Produktionsausfällen betroffen sind, wieder Kurzarbeitergeld. In einem Antrag wurde die Bundesregierung als Hauptaktionär der Telekom aufgefordert, die trotz Milliardengewinnen beabsichtigte **Schließung von 45 Callcentern mit 3300 Beschäftigten zu stoppen**.

Im Wahlkampf war die Linke die einzige Partei, die sich konsequent für einen **gesetzlichen Mindestlohn** ausgesprochen hat. Mit ihrem Wahlerfolg ist das Thema auf der politischen Agenda weit nach oben gerückt. Logisch,



dass die Fraktion als erste die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert hat, eine Regelung vorzulegen, dass man von Arbeit auch leben kann. **8 Euro pro Stunde** – für weniger sollte niemand mehr in Deutschland arbeiten müssen.



DIE LINKE. bringt **die sozialen Nöte der Menschen** im Bundestag zur Sprache. In Aktuellen Stunden musste die Bundesregierung zur ALG II-Kürzung gegen junge Erwachsene, zur Erhöhung der Mehrwertsteuer oder zur Rente mit 67 Farbe bekennen. Gesetzentwürfe zur **Abschaffung der Praxisgebühr**, für die Verpflichtung der Banken, **jedermann ein Girokonto** auf Guthabenbasis anzubieten und zur Ersetzung von Kettenduldungen für seit fünf Jahren in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer durch ein **humanes Aufenthaltsrecht** haben konkrete Verbesserungen für Millionen Betroffene zum Ziel. Das gilt auch für Forderungen nach einer **Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes auf apothekenpflichtige Arzneimittel**, die Nutzung von 2005 nicht verbrauchten Fördermilliarden für den Arbeitsmarkt in diesem Jahr und die **Angleichung des Arbeitslosengeldes II im Osten rückwirkend zum 1. Januar 2005**.

Auf die Belange der strukturschwachen Regionen in Ost und West legt DIE LINKE. besonderes Augenmerk. Deshalb und weil im letzten Bundestag der **Osten** doch ziemlich aus dem Blickfeld geraten war, hat die Fraktion vorgeschlagen, einen Ausschuss einzurichten, in dem